

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2011

Nr. 10 · 7. Jahrgang

Links informiert

3 Aufruf zur Toleranz/Im Blick:
DIE LINKE und die Wahlen in Berlin

Potsdam-Mitte/Ortsteile

6-8 Handel in Innenstadt/Feste feiern/
Vernunft für Brauhausberg

Links im Land

9/10 Haushaltsdebatten-Hintergründe/
Rot-Rot hält Energie-Zusagen

Vom unterschiedlichen Umgang mit den Bürgern

Es war einmal ein Stadtwerkechef, der nahm seine Aufgabe als Unternehmer ernst und betrachtete die Bürger der Stadt als seine Kunden und Partner. Deshalb lud er auch die BI Pro-Brauhausberg zu einem Gespräch ein. Denn man kann ja unterschiedlicher Auffassung zu einem Thema sein, wie er immer sagt, aber man sollte darüber zunächst sachlich diskutieren, um zumindest die Meinung des Anderen zu kennen. Dieser Chef hieß Paffhausen. Man kann ihn durchaus als einen Unternehmer vom „alten Schlage“ bezeichnen, denn was er sagte und tat, hatte Hand und Fuß. Seine Aussagen waren stets durch Fakten unterlegt. Nichts anderes zeigen die kürzlich veröffentlichten Entlastungsaussagen zur Stadtwerkeaffäre.

Nach den Veröffentlichungen am 26.08.2011 in der Märkischen Allgemeinen sind plötzlich Sanierungskosten des Bades am Brauhausberg in Höhe von 13 Mio. Euro im Gespräch. Das ist eine Steigerung auf 260% gegenüber den noch im Mai 2011 von den Stadtwerken genannten Sanierungskosten in Höhe von 5 Mio. Euro. Dies begründet Herr Exner (neuer Chef der Stadtwerke) mit Bezug auf das „gutachterliche Votum“ u. a. mit einer neuen Prüfung des Hallenzustandes. Diese Prüfung, die von einem deutschlandweit tätigen Ingenieurbüro mit Spezialisierung auf Schwimmhallen erfolgt sein soll, habe Betonschäden ermittelt. Von einer „kompletten



„Brauhausberg für alle – Schwimmhalle und Minsk erhalten – Bürger reden mit – Beschlüsse einhalten!“, so die Hauptforderungen auf der Demonstration am 21. September vor dem Stadthaus der Landeshauptstadt. Über 100 BürgerInnen waren der Einladung der Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“ zu dieser Veranstaltung gefolgt. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg versicherte den Teilnehmern, dass DIE LINKE sich auch weiter dafür einsetzen werde, dass am Brauhausberg „nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird“.

Entkernung“ ist die Rede. Jetzt müssen wir erfahren, dass Herr Exner mit seinen Aussagen wohl etwas unpräzise war, da es momentan noch kein Gutachten gibt, was dies bestätigen kann. Nun stellt sich dem aufmerksamen Bürger die Frage, wie der Zustand der Betonkonstruktion des Bades eingeschätzt werden kann, wenn es weder in der Vergangenheit, noch dem Anschein nach in der jüngeren Zeit Untersuchungen zur Materialfestigkeit der Betonkonstruktion (Kernbohrungen) gegeben hat? Stellt Herr Exner hier Mutmaßungen an und wenn ja warum? Somit ist

natürlich auch die Verweigerung der Akteneinsicht verständlich. Denn in Akten, die nicht existieren, kann man auch keine Einsicht nehmen.

Wir begrüßen allerdings ausdrücklich, dass durch die konkreten Anfragen der BI Pro-Brauhausberg anscheinend nun ein Gutachten in Auftrag gegeben wird. Es wäre allerdings von Vorteil, wenn die Gutachterfirma nichts mit dem geplanten Bauvorhaben des Bades im Volkspark zu tun hätte, denn schließlich sollte ein Gutachten doch unabhängig sein.

Interessant ist auch, dass die BI Pro-Brauhausberg in Bezug auf die

Kosten für einen Badneubau im Volkspark eine Punktlandung hingelegt hat. Denn, was die meisten wohl nicht wissen ist, dass die derzeit im Raum stehenden 25 Mio. Euro Nettokosten sind. Dies entspricht rund den 30 Mio. Euro Bruttokosten, die bereits am 27.05.2011 von den Badplanern der BI Pro-Brauhausberg veranschlagt worden sind.

Und damit kommen wir wieder auf das Thema zurück: Der Umgang mit Fakten, der Wahrheit und den Bürgern dieser Stadt...

BI Pro-Brauhausberg
(Siehe auch Seite 8)

„Kommen und gehen – gemeinsam leben“

Traditionelles Toleranzfest in diesem Jahr an der Bastion am Schillerplatz

„In Potsdam hat Rassismus keine Chance“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs zur Eröffnung des 4. Toleranzfests. Um Toleranz und gesellschaftliches Miteinander erlebbar zu machen, riefen die Stadt und das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ vor vier Jahren das Fest ins Leben, das seither jedes Jahr in einem anderen Stadtteil stattfindet. Diesmal in Potsdam-West. An der Bastion am Schillerplatz ging es am 10. September 2011 um den Kontakt verschiedener Generationen. Unter dem Motto: „Kommen und Gehen - gemeinsam leben“ feierten die Potsdamer bei Sonnenschein und einem bunten Programm für jung und alt. Im Vorfeld auf das Toleranzfest hatten die Kreisvorsitzenden von SPD, DIE LINKE, Bündnisgrüne, FDP und Potsdamer Demokraten einen Aufruf zu Toleranz und einer offenen Gesellschaft gestartet (siehe Seite 3).



Auf ein Wort...



„Ehre, wem Ehre gebührt.“

Anlässlich der 5. Verleihung des Ehrenamtspreises Potsdam wurde die Koordinatorin des Stadtteilrates Stern, DREWITZ, Kirchsteigfeld für ihren Einsatz zur Wahl der Bürgervertretung von DREWITZ mit dem Sonderpreis „Bürgerstadt“ ausgezeichnet. Sie wurde durch die FDP-Fraktion für den Stadtteilrat aufgestellt und durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt. In der Laudatio zur Preisverleihung hieß es dazu: „Sie haben gezeigt, dass Demokratie geht und wie sie geht. Und ich bin mir sicher: Andere werden es Ihnen nachmachen und werden Ihnen folgen.“

Hier möchte ich einhaken: Die Geehrte hat nicht „gezeigt“, wie Demokratie geht, sie hat erkannt, wie schnell Demokratie genutzt werden kann. Sie hat „Vorgemachtes“ nachgemacht und ist gefolgt - den aktiven Bewohnern von DREWITZ, die die Wahl einer Bürgervertretung überhaupt erst durch ihr persönliches und engagiertes Handeln eingefordert haben. Vergessen wir nicht: Nur und erst durch das Bürgeraktiv in DREWITZ wurden wir auf die an den Bürgern vorbei agierende Potsdamer Stadtverwaltung bei der Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee zu einem Park aufmerksam gemacht. Nur durch das vehemente

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Einfordern einer Bürger-versammlung am 6. Mai 2010 durch die Bürger selbst, fand ehrenamtliches Engagement vor Ort statt. Die Stadtteilbewohner in Drewitz haben sich ihre „Bürgerstadt“ geschaffen. Ihnen gebührt der Sonderpreis 2011.

Jana Schulze

Mitglied im Stadtteilrat
Stern/Drewitz/Kirch-
steigfeld für die
Fraktion DIE LINKE

In Libyen wird noch geschossen. Aber das Gerangel um die fette Beute hat bereits begonnen. Die NATO-Staaten, die den Rebellen den Weg nach Tripolis frei bombten, ganz uneigennützig natürlich und aus rein humanitären Gründen, stellen jetzt ihre Forderungen. Englands Premier und Frankreichs Präsident waren bereits vor Ort. Andere werden folgen. Die Ölmultis greifen nach den Schätzen Libyens. Das Land hat die größten Erdölvorräte Afrikas und ist einer der wichtigsten Erdölexporteure der Welt. Und es bestimmte bisher selbst, an wen es lieferte und zu welchen Bedingungen. Das soll sich jetzt ändern.

Erbe aus der Eiszeit

Im gewaltigen Medienrummel



ging bisher eine Tatsache unter, die nicht nur für Libyen auf längere Sicht überaus wichtig sein könnte, wichtiger noch als Öl: Wasser! Weite Teile der Wüste „schwimmen“ auf Wasser. Journalisten, die nicht auf den Gehaltslisten der Medien-

konzerne stehen, haben dazu recherchiert und berichten im Internet und unabhängigen kleinen Zeitschriften. Im Süden des Wüstenstaates wurden quasi als Nebenprodukt der Ölsuche gewaltige unterirdische Wasserreservoir ent-

deckt, Relikte aus der Eiszeit, in denen nach Angaben von Fachleuten 35.000 Kubikkilometer bestes Süßwasser lagern. Um das Ausmaß des Fundes zu verdeutlichen: Die angegebene Menge würde ausreichen, um ganz Deutschland mit einer hundert Meter hohen Wassersäule zu bedecken. Ihr Wert ist in einer Zeit, da die Süßwasservorräte auf unserem blauen Wasserplaneten immer knapper werden, da in Afrika Millionen Menschen unter der Dürre leiden, viele verhungern und verdursten, gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Ein achtetes Weltwunder

Libyen erkannte die Chance, die sich ihm bot, für die Zeit nach dem Erdöl vorzusorgen. Vor 30 Jahren begann es mit der Planung und dem Bau eines gigantischen Pump- und Rohrsystems für den Transport des Wassers über tausende Kilometer von der südlichen Sahara in den Norden. Es ist das größte Süßwasserprojekt der Welt und wird schon als achtetes Weltwunder bezeichnet. Tausende koreanische Ingenieure, chinesische Techniker und kanadische Lieferanten gigantischer Rohre sowie hunderttausende Gastarbeiter waren daran beteiligt. Am 6. März dieses Jahres berichtete Politia.org - ein kleiner unabhängiger Nachrichtendienst - dass der erste große Abschnitt der Leitung am 1. September 2010 in Betrieb gegangen sei. Der Dienst schrieb aber auch, es sei gefährlich, ohne einen Cent von der Weltbank oder dem IWF, das heißt ohne den Segen der multinationalen Konzerne und gegen deren Interessen ein Projekt durchzuführen, welches das Potential hat, ganz Nordafrika in eine blühende Wiese zu verwandeln. Die letzten Monate haben die Warnung bestätigt.

Bleibe noch eines hinzu zu fügen: Immer öfter werden Befürchtungen laut, künftige Kriege könnten nicht mehr um Öl, sondern um Wasser geführt werden. Könnte es sein, dass die „libysche Revolution“ der Anfang war?

Kurt Seeger

Bürgerkooperation will Kluft beseitigen

Aus: Begründung zum Einwohnerantrag zur Weiterentwicklung des „Bürgerhaushaltes“

Das Ziel des „Bürgerhaushaltes“ ist, die EinwohnerInnen Potsdams in die Gestaltung des Haushaltes einzubeziehen, um so Verständnis für die Finanzlage zu wecken und eine identitätsstiftende Wechselwirkung zwischen den EinwohnerInnen und ihrer Stadt zu erreichen.

Diese ambitionierte Zielstellung konnte bisher aus u. a. zwei Gründen nicht erreicht werden:

Erstens besteht eine Kluft zwischen der Erwartungshaltung der Verwaltung sowie der Stadtverordneten, dass die EinwohnerInnen Vorschläge zum Gesamthaushalt unterbreiten und dem tatsächlich von den EinwohnerInnen an den Tag gelegten Vorschlagsverhalten, welches sich auf kleinteilige Projekte zur Verbesserung des Lebensstandards in ihrer Stadt konzentriert. Diese Anliegen treffen unausgesprochen in der Abschlussabstimmung der StVV zum „Bürgerhaushalt“ aufeinander und führten in der Vergangenheit regelmäßig zu allgemeiner Frustration, da so weder das Eine noch das Andere berechnete Ansinnen umgesetzt werden konnte.

Zweitens ist der zeitliche Ablauf des bisherigen „Bürgerhaushaltes“ darauf ausgelegt, dass die Vorschläge der EinwohnerInnen erst dann in die Haus-

haltsdiskussion einfließt, wenn dieser bereits als Entwurf vorliegt. So befinden sich Verwaltung und Stadtverordnete automatisch in einer „instinktiven Abwehrhaltung“ gegenüber den Vorschlägen der EinwohnerInnen – haben sie zu diesem Zeitpunkt doch bereits sehr viel Arbeit geleistet und intensive Verhandlungen hinter sich gebracht um den Haushaltsentwurf aufzustellen. Dass die Vorschläge der EinwohnerInnen sich gegen diese „psychologische Barriere“ nur schwer durchsetzen können, dürfte kaum verwundern.

So kann der Bürgerhaushalt eine Bereicherung werden

Um diese „Knoten“ in dem allseits gewünschten und erstrebenswerten Projekt „Bürgerhaushalt“ aufzulösen wirbt die Potsdamer Bürgerkooperation mit ihrem Antrag für folgende Schritte:

(1) & (2) Für den „Bürgerhaushalt“ soll jährlich ein eigenes Budget bereitgestellt werden, damit die 20 Top-Vorschläge der EinwohnerInnen auch tatsächlich zeitnah und wirksam umgesetzt werden können – ohne, dass die alles erstickende Frage nach der „Deckungsquelle“ das Engagement der EinwohnerInnen für ihre Stadt beständig abwürgt.

(3) & (4) Dieses Budget soll eine

starke Sozialraum orientierte Komponente beinhalten, damit die EinwohnerInnen mittels EinwohnerInnen-Versammlungen ihr direktes Umfeld noch aktiver und auf Augenhöhe mit Verwaltung und Stadtverordneten mitgestalten können.

(5) Es soll die Möglichkeit eingeführt werden, dass EinwohnerInnen auch Vorschläge einreichen können, die sich auf das jeweils übernächste Haushaltsjahr beziehen, damit diese bereits vorab in den jeweiligen Haushaltsentwurf einfließen können und so die bisher bestehende „psychologische Barriere“ überwunden oder besser schlicht abgeschafft wird.

(6) Die Konzeption des „Bürgerhaushaltes“ muss flexibel Jahr für Jahr anhand der aktuellen Bedürfnisse der Stadt Potsdam weiterentwickelt werden. Dazu ist es sinnvoll, jedes Jahr eine Weiterentwicklungskommission einzusetzen und in regelmäßigen Abständen eine externe Evaluation hinsichtlich der Methodik und der Wirksamkeit des „Bürgerhaushaltes“ durchzuführen.

Nur so kann der „Bürgerhaushalt“ das werden, was er sein soll: Eine Bereicherung für alle Potsdamerinnen und Potsdamer.

www.dielinke-potsdam.de

Auf halbem Wege stehen geblieben

Anerkennend stellte die Linksjugend [solid] Brandenburg e.V. fest, dass die Rot-Rote-Regierung das Vergabegesetz umgesetzt hat.

Markus Günther, Mitglied des LandessprecherInnenrats der Linksjugend [solid] Brandenburg erklärte hierzu: „Wir begrüßen einen Stundenlohn von 8 Euro bei öffentlichen Aufträgen. Nun mussten wir feststellen, dass das Gesetz auf dem halbem Wege stehen geblieben ist. Nicht nur die Forderung

der LINKEN für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro die Stunde findet sich nicht wieder, es bleibt sogar hinter den meisten bestehenden Branchenmindestlöhnen zurück. Des Weiteren müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass dadurch kein Beitrag zur Bekämpfung der Altersarmut geleistet wird. Dies belegt die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Herrn Ernst, MdB für DIE LINKE, in der es heißt:

„Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre rechnerisch ein Stundenlohn von rund zehn Euro erforderlich.“

„Positiv ist an dieser Stelle die Gründung einer Mindestlohnkommission zu bemerken, welche u.a. genau solche Fehler in ihrem Bericht im 2. Quartal 2012 aufführen kann.“

Insofern gibt es Hoffnung, dass solche Fehler durch die Landesregierung noch behoben werden. „Unverständlich ist für uns jedoch die Tatsache, dass Brandenburg mit seinem neuen Gesetz hinter anderen Vergabegesetzen bleibt. So verfügen Berlin und Bremen bereits über Vergabegesetze, die auch ökologische Standards beinhalten“, stellt Isabelle Vandré, Mitglied des LandessprecherInnenrats, fest.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**,

Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout;

Jens Hörnig, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**,

Redaktionssekretariat;

Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;

email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000

LeserInnen. Nachdruck, auch aus-

zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-

nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrück-

lich als Stellungnahme des

Kreisvorstandes und/oder der Redak-

tion gekennzeichnet sind, stellen die

persönliche Meinung des/der AutorIn

dar. Für unverlangt eingesandte Ma-

nuskripte bzw. Fotos kann keine Haf-

tung übernommen werden. Für die

Veröffentlichung von Leserpost behält

sich die Redaktion das Recht sinn-

wahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH

Neubrandenburg.

Klare Zeichen gesetzt

Potsdamer PolitikerInnen unterzeichneten gemeinsamen Aufruf für Toleranz und eine offene Gesellschaft

Nach dem erneuten Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, den jüngsten rechten Schmierereien in Potsdam sagen wir ja zu einem bunten, toleranten und weltoffenen Potsdam. Die Parteien DIE LINKE, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Potsdamer Demokraten wollen beim 4. Fest für Toleranz in Potsdam, gemeinsam mit vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern, ein Zeichen für eine weltoffene Gesellschaft setzen, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern zur kulturellen Bereicherung beitragen.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zualtererst, nicht weg zuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Konsequenter als bislang müssen Ideen und Geld in öffentliche Programme investiert werden. Aber Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären über totalitäre Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein. Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit brauchen wir sowohl eine aktive couragierte Bürgerschaft, als auch einen Staat, der unterstützt und fördert!

Wir müssen gegen Fremdenfeindlichkeit klare Positionen beziehen und uns gemeinsam dafür stark machen, dass Ausgrenzung und Gewalt in Potsdam, Brandenburg und in Deutschland nicht länger geduldet werden. Mit dem 4. Potsdamer Fest für Toleranz am 10.9. können die Potsdamer und ihre Gäste ein wichtiges Zeichen setzen und andere ermutigen.

Sascha Krämer, Vorsitzender DIE LINKE, Potsdam
Mike Schubert, Vorsitzender der SPD Potsdam
Birgit Eifler und Uwe Fröhlich, Vorsitzende von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Potsdam
Marcel „Otto“ Yon, Vorsitzender der FDP Potsdam
Peter Schultheiß und Wolfgang Cornelius, Potsdamer Demokraten



Eigene Fehler suchen und als Partei erkennbar bleiben

Wir als Kreisvorstand der LINKEN in Potsdam bedauern ausdrücklich, dass es nicht mehr die Möglichkeit einer Fortführung der rot-roten Koalition in Berlin gibt. Dies ist ärgerlich, ermöglicht aber auch die Chance eines Neuanfanges. Nun muss Rot-Rot in Brandenburg stärker als bisher als Modell für eine soziale, gerechte und solidarische Politik dienen, als es dies bisher schon tat.

Problematisch findet DIE LINKE. Potsdam brandenburgische Erklärungsversuche für das Berliner Abschneiden. Es ist für uns zu einfach, alles der Bundespartei und der Doppelspitze in die Schuhe zu schieben. Es birgt auch die Gefahr, dass wir hier nicht weiter darüber nachdenken, warum wir z.B. vier Prozent bei der letzten Umfrage verloren haben. Und es verleitet dazu, eigene Schwächen nicht zu hinterfragen.

Als Potsdamer Kreisvorstand ziehen wir drei Lehren aus dem Ergebnis:

Die Kommunikation nach innen ist wichtig; die Parteispitze muss die Basis mitnehmen, um die linke Identität zu wahren.

Die Kommunikation nach außen muss verbessert werden: es bedarf sowohl der Ehrlichkeit, was von den eigenen Zielen erreicht wurde und was nicht, als auch einer besseren und offensiveren Kommunikation der eigenen Erfolge.

Eigenständigkeit bewahren: DIE LINKE muss als eigenständige Partei über Inhalte wahrgenommen werden, auch wenn wir uns in der Koalition befinden. DIE LINKE befindet sich weiterhin im Wettbewerb um die besten Ideen für die Menschen in Brandenburg, und das muss auch in einer Koalition deutlich werden.

DIE LINKE verliert bei den jüngeren und jungen Wählern, insbesondere denjenigen mit großer Nähe zu „digitalen Medien“. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Frage der Themen (libertäre Themen, Bürgerrechtsthemen), sondern um Fra-

gen von Lebenswelten und Milieus. Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass DIE LINKE auch viele Wähler an die Piraten verloren hat. Dies kann in Potsdam auch passieren, da es auch hier viele junge Akademiker gibt, die die Partei nicht ausreichend erreicht, und aus denen sich die Stimmen der Piraten speisen. Auch das schwache Abschneiden bei den Erstwählern sollte folgende Lehren beinhalten: Dass wir stärker als bisher Netzpolitik als Zukunftsaufgabe wahrnehmen und dass wir Bürger- und Freiheitsrechte ernst nehmen. Daran darf künftig kein Zweifel mehr gelassen werden.

Die Aussagen der Parteiführungen in den vergangenen Monaten sind inhaltlich problematisch und das Gegenteil dessen, was eine moderne Linkspartei ausdrücken sollte, doch zu einem tatsächlichen Problem der Partei werden sie dann, wenn sie die einzigen Äußerungen sind, die derzeit von der LINKEN gesell-

schaftlich wahrgenommen werden.

Mit einem hoffentlich handfesten Parteiprogramm und weniger unüberlegten Handlungen wird die Partei in den kommenden Wahlen sich reanimieren und mit soliden Regierungsleistungen in Brandenburg sollten wir uns auf den Wählerauftrag konzentrieren.

Die neue Debatte für ein Brandenburger Leitbild der LINKEN – „Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft“ – ist ein wichtiges Signal nach innen und außen. Es ist Zeit, uns wieder dem erfrischenden Prozess der Leitbild-Debatte von 2007/08 zu widmen, ihn wieder zu starten. DIE LINKE muss mit Visionen und Tatkraft die politischen Realitäten zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verändern!

Sascha Krämer,
Kreisvorsitzender
Moritz Kirchner, Mitglied
des Kreisvorstandes

Online-Umfrage

Auf unsere September-Frage

„Hat eine derartige Beachtung durch öffentlich-rechtliche Medien für eine Hohenzollernhochzeit ihre Berechtigung?“

antworteten 6,9 % mit „Ja“; 93,1 % mit „Nein“. Die Antwortvariante „weiß nicht“ wählte niemand.

Unsere Frage für den Oktober lautet:

„Hat Jann Jakobs nach rund einem Jahr als OB seine Wahlversprechungen gehalten?“

Stimmen Sie ab unter www.dielinke-potsdam.de

Aus der Bürgerumfrage der LINKEN (1024 Rückantworten)

Mit welchen Themen verbinden Sie DIE LINKE?

Hier die 10 häufigsten Antworten:

- soziale Themen, soziale Gerechtigkeit, sozial gerechte Politik für alle Altersgruppen
- bürgerfreundliche Politik, Bürgerbeteiligung, konsequente Interessenvertreter der Bürger
- durchdachte Bildungspolitik, Investitionen in Bildung, gleichwertige Bildungschancen
- bezahlbares Wohnen, Erhalt sozialverträglicher Wohnungen
- Jugendpolitik, Erhalt von Jugendeinrichtungen
- kostenloses Schulessen
- freie Uferwege
- Kita- und Schulsanierung
- SED/PDS, DDR, Stasi, leider Stasi
- Friedenspolitik

„... täglich eine Mandel Eier...“

Oktober 1916

Der Erste Weltkrieg tobt seit zwei Jahren. Militärische Erfolge auf deutscher Seite bleiben aus - dafür stellen sich immer größere Mängel in der Versorgung der Bevölkerung ein. Doch das trifft nur den „kleinen Mann“. Die „Großen“ lassen für sich sorgen. Dazu gehört auch die kronprinzliche Familie. So wendet

sich das Hofmarschallamt seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen am 04. Oktober 1916 an den Potsdamer Magistrat und teilt mit, dass die Kronprinzessin mit ihren Kindern am folgenden Tag in das Marmorpalais ziehen werde. Des-

halb wird der „...Magistrat ergebenst gebeten, die Lieferung des Eierbedarfs für die kronprinzliche Familie freundlichst bewirken zu lassen.“ Es handelt sich „nur“ um eine Mandel Eier pro Tag (= 15 Stück). Dem Wunsch wird natürlich entsprochen.

Die Mitteilung des Inhabers der

Firma Kurt Fliegel, Propellerbau, Potsdam, Tornowstraße, an den gleichen Adressaten vom 21. Februar 1917, „dass bereits 3 Tischler auf Grund mangelhafter Ernährung ihre Arbeit niedergelegt haben...“, hat den Magistrat nicht veranlasst, irgendetwas bewirken zu lassen. -rt

Spaniens Himmel breitet seine Sterne...

Oktober 1936

Spanien war auf dem Wege zur Demokratie. Die Wahlen zum Parlament am 16. Februar 1936 hatten zum Sieg der Volksfront und damit zur Bildung einer linksbürgerlichen Regierung, unterstützt durch Kommunisten und Sozialisten, geführt. Neben der Sowjetunion ein sozialistisches Spanien? General Franco schien der rechte Mann zu sein, diese Entwicklung zu verhindern. Am 18. Juli 1936 putschte er mit drei weiteren Generälen gegen die Republik. Sofort erhielt er Unterstützung aus dem faschisti-



schen Deutschland und Italien. Diesem Druck stemmten sich - beginnend mit dem 09. Oktober 1936 - die Internationalen Brigaden entgegen. Sie zu bilden und damit die Demokratie zu retten, dazu hatte die Kommunistische Internationale aufgerufen. Aus Potsdam und dem damaligen Nowawes (heute Potsdamer Stadtteil Babelsberg) folgten etwa 20 - zu meist Kommunisten - diesem Ruf. Zu ihnen zählten Walter Junker, der am 28. Juli 1938 an der Ebro-Front fiel, Paul Kühne, der „Rote

Taxifahrer“, Kurt Laube, Kurt Vogel, Otto Lehmann und auch Eduard Claudius, der mit seinem Roman „Grüne Oliven und nackte Berge“ den Spanienkämpfern ein Denkmal setzte.

Vergessen sind die Spanienkämpfer in Potsdam zwar nicht, doch tut Wachsamkeit not. Die Gedenktafel für Walter Junker, die sich vor dem Bahnhof Griebnitzsee an einer Stele befand, ist schon nicht mehr.

„... original Pilsner-Ausschank...“

Oktober 1961

ahrestage der DDR waren sehr oft Anlass, Besonderes zu eröffnen. So auch am 07. Oktober 1961. Wiedereröffnet wird die HO-Gaststätte

„Holländisches Eck“. Das Besondere? Eröffnung „...mit original Pilsner-Ausschank...“

Sie erlebte in Potsdam Solidarität

Oktober 1976

Als 1973 in Chile die zarte Pflanze der Demokratie im Blut Zahlloser ertränkt wurde, gelang dennoch einigen Chilenen die Flucht ins Ausland. Die DDR war eines der Länder, die aktive Solidarität übten, gleich, ob es sich bei den Emigranten um Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen oder andere handelte. Auch Potsdam nahm Verfolgte auf. Sie erhielten Wohnung, Arbeit, Ausbildung, auch für die Kinder wurde gesorgt. Die Chilenen wurden integriert.

Eine von ihnen war Veronica Michelle Bachelet, geborene Davalos (1951). Als Tochter eines Generals, der dem rechtmäßig gewählten Präsidenten Allende gegenüber loyal geblieben war, musste sie mit ihrer Mutter das Land verlassen.

Sie lebte vom 01. Oktober 1976



bis zum 20. Februar 1979 in der Potsdamer Koroljowstraße 34 (heute Lilienthalstraße) und studierte an der Berliner Humboldtuniversität Medizin.

1979 in ihre Heimat zurückge-

kehrt, engagierte sie sich in der Sozialdemokratischen Partei, wurde auf Grund ihres sozial-medizinischen Engagements Gesundheits- und später Verteidigungsminister. Das Vertrauen der Chi-

lenen in sie war so groß, dass sie zur Präsidentin gewählt wurde. Dieses Amt übte sie vom 11. März 2006 bis zum 11. März 2010 aus. Da laut chilenischer Verfassung nur eine Amtszeit möglich ist, folgte sie dem Ruf der UN und wurde - auf Grund ihrer umfangreichen Erfahrungen - Untergeneralsekretärin der Vereinten Nationen als geschäftsführende Direktorin (Executive Director) der UN-Frauen-Organisation UN Women.

Ein wenig können wir Potsdam stolz darauf sein, dieser bemerkenswerten Frau in schwerer Zeit geholfen zu haben. -rt

ASK-Medaillenregen

Oktober 1981

Das Jugendzentrum „Drushba“ in der Heinrich-Mann-Allee (heute Blauhaus) sah am 12. Oktober 1981 Sportler und Sportfunktionäre zu einer Festveranstaltung des Ar-

mee-Sport-Klubs Potsdam (ASK) zum 25jährigen Bestehen. Die stolze Bilanz des Klubs: 28 Medaillen bei Olympischen Spielen und 31 bei Weltmeisterschaften!

Überraschungen inbegriffen

Verleihung des Ehrenamtspreises Potsdam 2011/Von Jana Schulze

Im Zeichen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit wurde am 1. September 2011 unter dem Titel "Zwischen Kiez und Eu-



Sybille Maltrusch, Ausgezeichnete für ihre ehrenamtliche Arbeit im „Projektladen“ in Drewitz (Projekt Nachbarschaftscafé jeden Freitag)

ropa" der 5. Potsdamer Ehrenamtspreis verliehen. An insgesamt 10 Personen wurde bei der Festveranstaltung in der Potsdamer Friedenskirche der Preis vergeben. 45 Vorschläge und Bewerbungen waren für die Auszeichnungen eingegangen. Die Landeshauptstadt Potsdam, die PRO POTSDAM GmbH und der Verein Soziale Stadt Potsdam e.V. hatten den Potsdamer Ehrenamtspreis ausgeschrieben, der 2011 zum fünften Mal vergeben wurde.

Der Preis würdigt die Leistungen von Potsdamer Bürgern, die sich ehrenamtlich für die Entwicklung des Gemeinwesens engagieren. Wer ehrenamtlich tätig ist, wer sich für seine Mitmenschen und die gemeinsame Lebensumwelt verantwortungsvoll einsetzt war eingeladen, sich mit seinem Projekt zu bewerben.

Alle Potsdamerinnen und Potsdamer hatten die Möglichkeit, engagierte Menschen oder Projekte, deren ehrenamtliche Tätigkeit sie bemerkenswert finden, für den Ehrenamtspreis vorzuschlagen. 45 Vorschläge waren für dieses Jahr bei der Jury eingegangen.

Unter den ca. 300 feierlich in die Friedenskirche einziehenden Ehrenamtlerinnen die in diesem Jahr keinen „Preis errangen“ waren auch unsere Hella Drohla, Klaus Mohrholz-Wensauer aus Drewitz, Andreas Frank vom



Hella Drohla (r.) neben der Nominierten Anke Drohla

Stern, Johnny Lehmann aus Drewitz, Familie Sell vom Schilfhof 20 - um nur einige zu nennen. Nicht nur die Ausgezeichneten wurden geehrt. In feierlichem Rahmen wurde auch all denen ge-

dankt, die keine Urkunde nach Hause tragen durften.

Vor und nach der zweistündigen Preisverleihung konnte man sich nicht des Eindrucks erwehren, bei einem Klassentreffen dabei zu sein. Alte Bekannte trafen sich, tauschten sich aus und vergaßen dabei nicht, auf sich selbst anzu stoßen.

Und ganz am Rande gab es auch Kritik, wenn auch nur leise und verhalten. Unverständnis gab es für die Entscheidung der Jury zum Sonderpreis „Bürgerstadt“. Aber, wir sind alle nur Menschen und: „Aus Fehlern lernt man.“, wie ein altes Sprichwort sagt.

Überwogen haben an diesem Abend die Freude, das Strahlen und die eine oder andere versteckte Freudenträne. Ein Tag neigte sich unter Saxophonklängen stillvoll dem Ende. Und am nächsten Morgen gingen sie wieder los, die Potsdamer Ehrenamtler. Vergessen wir sie nicht an den Tagen zwischen den offiziellen Ehrungen! Qualifizieren wir unser städtisches Ehrenamtskonzept.

Nominierte für den Ehrenamtspreis aus dem Landtagswahlkreis 22

Anke Drohla

... die sich seit Jahren im Tierschutzverein Potsdam für die Tierrettung mit großem Einsatz engagiert

Ehepaar

Petra und Burghardt Sell

... für ihr Wirken im Naturschutz und in der Nachbarschaftshilfe im Haus der Generationen und Kulturen, beim BUND, dem NaBu und im Schilfhof 20

Ehepaar

Renate und Bernhard Maaß

... für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz bei der Potsdamer Volkssolidarität

Jutta Jagßenties

... die kontinuierlich und mit großer Hilfsbereitschaft als Seniorentainerin in Potsdamer Stadtteilen ehrenamtliche Arbeit leistet

Sicherheitspartnerschaft „Siedlung Eigenheim“

... für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Unterstützung der Polizei und der Präventionsarbeit in der Siedlung vor Ort

Ingrid Püschel

... für ihren großen Einsatz in der Seniorenfreizeitstätte der Toni-Dahlweid-Stiftung

Sabine Hammer

... für ihre zuverlässige ehrenamtliche Arbeit

bei der Kinderbetreuung in der Stern-Kirchgemeinde

Ludwig Stern

... der sich im Projekt „Alter engagiert sich für Zukunft“ voller Elan für die Förderung des Schach-Nachwuchses einsetzt

Kurt Steinmann

... der einen wichtigen Beitrag zur Nachbarschaftshilfe – besonders für die älteren Bewohner – in Drewitz liefert

Vera Mai, Christa Höhnnow, Wilfriede Zenker und Nadja Wobeto

... für ihre Arbeit im Eltern-Kind-Zentrum der AWO Kinder- und Jugendhilfe Potsdam

Potsdam braucht ein Tierheim

Anders als die Stadtspitze hält es eine Mehrheit der Potsdamerinnen und Potsdamer für notwendig, dass auch die Landeshauptstadt über ein gut funktionierendes und modernes Tierheim verfügt, das auch eine bedeutende soziale Funktion für zahlreiche Bürger erfüllt.

Eine abschließende Entscheidung dazu ist längst überfällig. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Stadtverordneten dem Antrag der LINKEN folgen werden, dass der Tierschutzverein von der Stadt ein Grundstück zum Bau eines Tierheimes erhält. Der Tierschutzverein wäre der fachlich geeignete Partner dafür. Ein Tierheimbetrieb durch den TSV ist eher kostengünstig, da der Verein viele ehrenamtliche Mitarbeiter zur Unterstützung der Arbeit hat. Im Land gibt es mehrere gute Erfahrungen, wo der TSV auch Betreiber des Tierheims ist und das erfolgreich. Ich erwarte vom Oberbürgermeister die Unterstützung für den Bau des Tierheims in Potsdam. Die angegebliche „Billigvariante“ der Fundtierbetreuung außerhalb der Stadt wird den Anforderungen an den Tierschutz in der Landeshauptstadt in keiner Weise gerecht.

Anita Tack, Ministerin, Potsdamer Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete

Bund zahlt Mittagessen für Schüler nur bis 2013

Die Bundesregierung hat klargestellt, dass sie die Länder und Kommunen nur bis 2013 bei der Finanzierung von außerschulischem Mittagessen für Schüler in Hortbetreuung und von Schulsozialarbeit unterstützt. 400 Millionen Euro seien dafür eingeplant, schreibt sie in ihrer Antwort (17/6831) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (17/6759). Es sei „nicht vorgesehen und nicht erforderlich“, über eine Verlängerung dieser Maßnahme nachzudenken.

Potsdam und all die anderen Kommunen im Land laufen jetzt schon auf dem Zahnfleisch. Sie überlegen

eher wo sie sparen und nicht darüber, welche Aufgaben sie zusätzlich übernehmen können. Mit dem Schritt der Bundesregierung wird die soziale Schere in Potsdam noch weiter auseinander gehen. Neben der aktuell diskutierten Altersarmut wird es einen noch höheren Anstieg an Kinder- und Familienarmut geben. DIE LINKE in Potsdam wird, wie im Wahlprogramm beschlossen, sich weiterhin für ein kostenloses Mittagessen für sozial benachteiligte Familien stark machen.

Jana Schulze, sozialpolitische Sprecherin der Stadtfraktion
Sascha Krämer, Kreisvorsitzender



Konzept für Wasser und Abwasser

Die Preise für Wasser und Abwasser betraf ein weiterer Antrag der LINKEN auf der SVV-Sitzung am 31. August. Der OB wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit der EWP ein Maßnahmenkonzept zu erarbeiten, mit dem eben diese Preise für den Zeitraum 2013 bis 2017 zu stabilisieren sind – so Fraktionschef Dr. Scharfenberg. Immer wieder stehe die Landeshauptstadt wegen der relativ hohen Preise für Abwasser und Wasser in der Kritik. Scharfenberg weiter: „Durch die gestaffelte Erhöhung der Preise ist die Entwicklung bis 2012 durch SVV-Beschluss vorgegeben. Deshalb sollte angestrebt werden, für die Restlaufzeit des seit 1997 gültigen Vertrages bis 2017 unter Verzicht auf weitere Preiserhöhungen eine Stabilisierung zu erreichen.“ Von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde angeregt, in dieses Konzept auch einen diesbezüglichen Vergleich mit anderen Landeshauptstädten einzuarbeiten. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Aus der Bürgerumfrage der LINKEN (1024 Rückantworten)

Die besten Sprüche zur LINKEN

- leider zu wenig Biss, zu große Zurückhaltung gegenüber anderen Parteien
- Nutzen der Demokratie
- Identitätsbewahrung der Ureinwohner Potsdams, Kampf gegen Geldverschwendung bei „Prestigeobjekten“
- Vertreter der Interessen der einfachen Menschen
- Kommunismus – nicht demokratisch – nicht staatstragend – sorry, ihr habt gefragt
- es fehlt ökologische Kompetenz und Wirtschaftskompetenz
- im Allgemeinen: Als streitbare Opposition
- Alternativkultur, Toleranz, angestaubte Stadtentwicklungspolitik
- gerechte Kommunalpolitik für alle Potsdamer
- Widerstand gegen die weitere Historisierung der Innenstadt
- einzige Volkspartei in Potsdam, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit

Der Handel in der Potsdamer Innenstadt

Der Ortsverband Potsdam-Mitte der Partei DIE LINKE lud zu einer Veranstaltung zum Handel in der Innenstadt ein. Neben dem Vorsitzenden der Innenstadt-AG Herrn Cornelius und Herrn Rolf Kutzmutz von der Fraktion DIE LINKE kamen eine Vielzahl in der City ansässiger Gewerbetreibender und Bürger, um gemeinsam Probleme für die gesamte Potsdamer Innenstadt zu diskutieren. Bei dieser Veranstaltung ist besonders deutlich die innerstädtische Werbesatzung mit ihren Vor- und Nachteilen diskutiert worden, wobei sich die bekannten Probleme nicht nur seitens der Händlerschaft, sondern auch der mangelnden Kontrolle der Potsdamer Stadtverwaltung herauskristallisierten. Große Einstimmigkeit gab es bei dem Vor-



schlag von Herrn Cornelius, die Zahl der Werbeaufsteller und Fahrradständer auf insgesamt zwei pro Geschäft und unmittelbar davor mit einer Größe von max. 1m und einer Warenauslage festzulegen.

Der Ortsverband DIE LINKE.Potsdam-Mitte wird, auch um weitere Probleme wie die Verkehrs- und Parkkonzeption und das Thema Sonntagsöffnungszeiten zu diskutieren, weitere Veranstaltungen dieser Art planen. Wir bedanken uns bei den Anwesenden und besonders bei Herrn Kutzmutz und Herrn Cornelius für die produktive Zusammenarbeit.

Leon Lenk, Ortsverband Potsdam-Mitte, DIE LINKE

Anbindung an OB-Gehalt

Die Fraktion Die Andere beantragte in der StVV, dass die Gehälter in den städtischen Betrieben auf die Höhe des Einkommens des Oberbürgermeisters begrenzt werden. Wie man zu diesem Antrag steht, verrät viel über die Sichtweise auf die städtischen Betriebe.

Für mich sind sie in erster Linie Instrumente der Kommune zur Sicherung der Daseinsvorsorge und der städtischen Infrastruktur. Selbst die Kommunalverfassung

sieht vor, dass die Stadtverordneten die städtischen Betriebe im Interesse der Kommune steuern.

Dazu können sie an die städtischen Aufsichtsratsmitglieder und den Oberbürgermeister Weisungen erteilen und die städtischen Vertreter bei Nichtbefolgung sogar aus dem Aufsichtsrat abberufen. Städtische Betriebe sollten sich weniger an der privaten Konkurrenz messen, als die öffentlichen Interessen auch in privater Rechts-

form umzusetzen. Wir lehnen die Versuche ab, die städtischen Betriebe immer weiter von der Kernverwaltung abzukoppeln und fordern stattdessen eine Stärkung des öffentlichen Sektors. Eine Anbindung der Geschäftsführergehälter an das Gehalt des Oberbürgermeisters ist die logische Konsequenz aus dieser Sichtweise.

Durch die Begrenzung der Gehälter in städtischen Betrieben

könnten jährlich Millionen eingespart werden. Dadurch entstehen Spielräume für andere Politikansätze. So könnten die Angestellten im städtischen Klinikum und dessen Tochterunternehmen endlich nach Tarif bezahlt werden und die Pro Potsdam könnte ihr Budget zur Schaffung preiswerter Wohnungen durch den Erwerb von Wohnungsrechten verdoppeln.

Sven Brödnö, Die Andere

Geschäftsführergehälter vergleichen

Die Diskussion um die Höhe und die Offenlegung der Vergütungen von Geschäftsführern städtischer Unternehmen wird seit längerem in der Stadtverordnetenversammlung und in der breiten Öffentlichkeit geführt. DIE LINKE hat sich bereits 2007 mit einem Antrag für die Veröffentlichung der Höhe dieser Vergütungen eingesetzt. Der damals gefundene Kompromiss einer Offenlegung im Rahmen des jährlichen Teilnahmungsberichts ist allerdings bisher noch

nicht realisiert worden. Begründet wurde das damit, dass die Geschäftsführer, die schon länger im Amt sind, keine solche Regelung in ihrem Vertrag haben und nur in neu abzuschließenden Verträgen so etwas festgeschrieben werden kann. Wir halten eine solche öffentliche Darstellung nach wie vor für erforderlich, um zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen.

Die Abberufung von Herrn Paffhausen war Ausgangspunkt für

heftige Kontroversen zu den Vergütungen städtischer Geschäftsführer. Der Vergleich mit dem Gehalt eines Oberbürgermeisters liegt dabei sehr nah. Allerdings stellt sich auch die Frage, ob der Bezug zu einer vergleichbaren Tätigkeit in der freien Wirtschaft oder zumindest der Vergleich mit anderen kommunalen Unternehmen nicht angebrachter ist. Genau dieser Vergleich soll jetzt angestellt werden. Auf dieser Grundlage kann besser eingeschätzt werden,

wo Potsdam mit seinen Unternehmen liegt und ob die in Einzelverhandlungen durch den Gesellschaftsvertreter, das ist in der Regel der Oberbürgermeister, vereinbarten Vergütungen nicht doch zu großzügig ausgefallen sind. In einem ersten Schritt ist festgelegt worden, dass bei jeder neuen Vertragsverhandlung zur Besetzung einer Geschäftsführerstelle im Hauptausschuss zu informieren ist.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Harmonisches Bürgerfest in Groß Glienicke

Am 3.9.11 fand das diesjährige Dorffest unter reger Anteilnahme der Einwohner und Besucher aber ohne Beteiligung von politischen Parteien statt. Grund: Die Organisatoren wünschten sich ein friedliches, harmonisches Fest für die Bürger.

Da stellt sich der Besucher die

Frage, warum solche Vorgaben oder Ängste? Dazu muss man wissen, dass Groß Glienicke ein gespaltener Ort ist. Einerseits wohnen gut verdienende Zugezogene in der einen Hälfte des Ortes, andererseits Mieter in teuren Wohnungen mit geringem bzw. gar keinem Einkommen. Die Schere

der sozialen Spaltung ist hier auf kleinstem Raum sichtbar.

Dazwischen Probleme mit dem Uferweg, Ausbau der Seepromenade, mit den dazu gehörigen Initiativen und zementierten Ansichten. Das birgt Konfliktpotenzial, das auf dem Dorffest nicht aufflammen sollte.

Wieso diese Ängste, wenn doch seitens der Stadt alles getan wird, um die Konflikte zu lösen?!

Der Oberbürgermeister hat in seinen Grußworten nochmals be-

kräftigt, die Seegrundstücke wieder der allgemeinen Nutzung zugänglich zu machen. Das fand den Beifall der Anwesenden. Dieses braucht allerdings Zeit. Eine Zeitschiene wollte und konnte auch Jann Jakobs nicht angeben.

Der OB setzt auf Enteignungen, aber der Ortsbeirat auf Dialog. Die Bürgerinitiative, geführt von Herr Menzel (Grüne) und seine Berliner Freunde setzen „starke Worte“. In diesen Konstellationen liegt das Dilemma. So wurden zum Dorffest die verschiedenen Initiativen und Parteien nicht zugelassen, um Provokationen und das Aufreißen neuer Gräben zu vermeiden. Wenn sich im Nachhinein genau jene zu Wort melden, die scheinbar nicht in der Lage sind, sich konstruktiv zu artikulieren, ist das mehr als befremdlich. Wenn man in der Vergangenheit die Situation mehr als vergiftet hat, braucht man sich über die nun erfolgte „rote Karte“ nicht zu wundern.

Dass dabei alle anderen politischen Akteure darunter mit leiden mussten, ist zwar aus demokratischer Sicht eher schlecht, aber aus Sicht des Organisationskomitees nur konsequent. Und für das Fest war es insgesamt förderlich (siehe Foto).

J.H.



Für die Stadtverwaltung hört Potsdam hinter der Havel auf

Nach dem Rücktritt des Ortsvorstehers von Neu Fahrland, Jörg Jandke, stellt man sich die Frage, was ist dran an den Anschuldigungen des scheidenden Vorsitzenden. In einem Interview mit der MAZ, prangert er die Stadt und deren Verwaltung an, die Belange der eingemeindeten Stadtteile zu ignorieren.

Richtig ist, dass die Stadt bis heute für die nördlichen Gemeinden, den ländlichen Raum, kein Konzept zur Weiterentwicklung oder zur Anbindung hat. Keine weiterführende Schule, keine Apotheke, kaum Einzelhandel und

mäßige Nahverkehrsanbindung sind nur einige der Probleme, die die Bürger in dieser Region haben.

Die Ortsbeiratsmitglieder sind nur zahnlose Tiger, die kaum gehört werden. Allein am Beispiel der Insel Neu-Fahrland zeigt sich das Interesse der Stadt an ihren eingemeindeten Stadtteilen. Hier beharrt die Stadtverwaltung auf dem uralten Einzelhandelskonzept zum Schutz der Innenstadt und verscheucht damit sämtliche Investoren. Obwohl die Bürger in einer öffentlichen Befragung Anfang des Jahres 2011 sich für eine

Bebauung mit einem größeren Nahversorgungszentrum auf der Insel ausgesprochen haben. DIE LINKE.Potsdam ist die einzige Partei in der Landeshauptstadt, die schon seit langem eine bessere Anbindung aller Ortsteile fordert, im Kommunalwahlprogramm für Potsdam von 2008 und auch für den OB-Wahlkampf mit dem Konzept zur Entwicklung des ländlichen Raums nachzulesen.

Mit einer besseren Planung und Entwicklung des ländlichen Raums würde die Stadt Potsdam sich auch bei der Überschreitung von Grenzwerten für die Schadstoffe

Stickstoffoxid und Feinstaub verbessern, denn mit einem effektiveren Nahverkehrsangebot und einer besseren Nahversorgung wären viele Fahrten in die Stadt überflüssig. Aber, wie sagte ein Vertreter der Stadt in Bezug auf die eingemeindeten Ortschaften: „Die haben wir gar nicht gewollt!“ Und genau so handelt die Stadt.

Thomas Schummel
stellv. Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Potsdam
Vorsitzender Ortsverband
nördl. Ortsteile

Transparenz und klare Regeln schaffen Gerechtigkeit.

Potsdamer Stadtwerkefest – Aushängeschild und Besuchermagnet

Im Mittelpunkt bei den Aktivitäten öffentlicher Unternehmen, sei es im Bereich der Kultur, des Sports, der Bildung und des Sozialwesens, steht der Kunde und die öffentliche Daseinsvorsorge. Als kommunales, wirtschaftlich tätiges Unternehmen sind die Stadtwerke den Gesellschaftern, aber auch der Gesellschaft gegenüber verpflichtet. Die Kunden verlassen sich darauf, dass die Stadtwerke sparsam und effizient wirtschaften und ihre Kernaufgaben erfüllen. Ein Stadtwerk sollte daher im angemessenen Umfang und in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

des Unternehmens erfolgen. Jakobs Aussage, „die Stadtwerke-Führung müsse allein entscheiden, ob das Fest fortgesetzt werde“, teile ich aus wirtschaftlicher Sicht. Politisch haben die Stadtverordneten und der Oberbürgermeister die Verantwortung, mit klaren Regeln und mit Transparenz für Akzeptanz zu sorgen. DIE LINKE erwartet jetzt ein klares Bekenntnis von der Stadt und den Stadtverordneten für ein solches Wirken der städtischen Unternehmen.

Das Stadtwerkefest ist ein Aushängeschild und ein Besuchermagnet. Es ist aber auch Objekt ideo-

logischer Scheingefechte, die eigentlich auf die Diffamierung der öffentlichen Unternehmen ausgerichtet sind. Das Stadtwerkefest ist ein für alle Potsdamerinnen und Potsdamer erlebbares kulturelles Ereignis, welches die Stadt bereichert. Das Stadtwerkefest ist das Stadtfest in Potsdam und es steht Potsdam gut zu Gesicht.

Letztlich ist das Stadtfest ein umlagefinanziertes System, in dem die Kunden das Fest ermöglichen. Eine Anregung wäre also, sie mit Auflistung der Kosten darüber abstimmen zu lassen, ob und wie das Stadtwerkefest stattfinden soll. Da-

bei ist ein hohes Maß an Transparenz der Kosten für das Fest zu sichern. Es geht der LINKEN darum, Prozesse transparent zu gestalten und das Ausmaß des Stadtwerkefestes in einem bürgerfreundlichen und vernünftigen Maß zu gestalten. Es geht hierbei aber auch um Mitbestimmung. Dort wo der Bürger mitentscheiden kann, wird später das Fest viel intensiver angenommen. DIE LINKE hält das Stadtwerkefest der Landeshauptstadt bei klarer Finanzierung und entsprechender Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger für richtig und vertretbar.

Der VGS und sein Wohnungsbauprojekt

Jedermann ist sich einig: In Potsdam müssen in den nächsten Jahren tausend neue Wohnungen gebaut werden, auch um Verdrängungsprozesse zu verhindern. „Dazu müssen vielfältige Potenziale erschlossen und verschiedene Wege gegangen werden“, begründete Ralf Jäkel einen Antrag der LINKEN auf der SVV-Sitzung am 31. August. Die Linksfraktion hat damit den Ball vom VGS übernommen, der darüber nachdenkt, auf Vorhalte- und Ersatzflächen – NICHT auf bestehendem Kleingartenland – preiswerte Wohnungen zu bauen. DIE LINKE fordert in ihrem Antrag den OB auf, das Vorhaben des VGS zu prüfen, auf den im Kleingartenentwicklungskonzept 2007 vorgesehenen Ersatzflächen Wohnungen im Sinne von Kleinsiedlungsgebieten zu bauen. Der Antrag wurde an den Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

„Fliedergarten“ noch nicht geklärt

Schon im März 2011 hatte DIE LINKE auf die Probleme der Weiterentwicklung des Fliedergartens aufmerksam gemacht. In der Antwort des Oberbürgermeisters wurde Ende März mitgeteilt, dass der KIS ein Schlichtungsgespräch vorbereiten werde. Welche Ergebnisse in diesem Schlichtungsgespräch erzielt wurden, war die Frage der LINKEN auf der SVV am 31. August. Hierzu teilte Bürgermeister Burkhard Exner mit, dass bisher keine Ergebnisse vorlägen, weil das Schlichtungsverfahren mit dem VGS und dem Verein der Hartz-IV-Betroffenen noch laufe.

Denkmal für vernünftige Politik

Die Prüfung der Schwimmhalle und des ehemaligen Restaurants „Minsk“ bezüglich des Denkmalschutzes ist negativ beschieden worden. Dies ändert aber faktisch nichts an der politischen Auseinandersetzung und der Richtigkeit des Erhalts der Schwimmhalle am Brauhausberg. Nahezu wöchentlich kommt der Baubeigeordnete Klipp mit neuen Zahlen, wie viel die Sanierung der Schwimmhalle angeblich kosten würde. Beweise hierzu hat er bis heute keine vorgelegt, und so sehr können Sonne und Wolken der Schwimmhalle nicht zugesetzt haben, dass sich die notwendige Sanierungssumme innerhalb weniger Wochen fast verdreifacht. Das ist ein sehr durchsichtiges Spiel, um einmal mehr an den Interessen der Mehrzahl der Potsdamerinnen und Potsdamer sowie entgegen der Bürgerinitiative Pro Brauhausberg den Standort in Bornstedt trotz erheblicher Risiken zu legitimieren. Dies aber hat weder mit dem Anspruch einer Bürgerkommune noch mit nachhaltiger Politik etwas zu tun. Wenn nach einem unglaublich zähen Prozess des Bäderneubaus am Ende steht, dass die Seifenblase Niemeyer geplatzt ist, und man auch das nicht nachhaltige und von unklaren Finanzierungsrisiken geprägte Schwimmbad in Bornstedt erst einmal nicht gebaut hat, kann die sanierte Schwimmhalle am Brauhausberg noch ein Denkmal für eine vernünftige Politik werden. Diese Chance sollte der OB nutzen.
Moritz Kirchner, OV Potsdam-Mitte, DIE LINKE

Nur eine Frage des baukulturellen Dialogs?

Der Pro-Brauhausberg e.V. regte die denkmalpflegerische Unterschutzstellung des Terrassenrestaurants „Minsk“ und der Schwimmhalle am Brauhausberg an und sogleich steigert sich das mediale Interesse derart, dass die Antwort des Landesdenkmalamtes den Medien bereits bekannt war, ehe sie den Vorsitzenden von Pro-Brauhausberg erreichte.

Der Pro-Brauhausberg e.V. stellt hiermit klar: Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege hat unter den in Potsdam gegebenen Bedingungen eine schnelle und auch im Sinne von Pro-Brauhausberg gut begründete Entscheidung getroffen. Entgegen anderer Verlautbarungen hat sie sowohl zügig und keinesfalls oberflächlich und „politisch“ entschieden.

Die mit der Denkmalanregung verbundene Erwartung an die Fachkollegen des Landesamtes war eine weitaus größere. Nur das sind Emotionen, die auch Pro-Brauhausberg zu Gunsten einer sachlichen Bewertung zurückstellt.

Die Entscheidung des Landesdenkmalamtes konnte unter den rechtlichen Sachzwängen nicht anders ausfallen. Dies war auch von Fachleuten bei Pro-Brauhausberg im Vorfeld so eingeschätzt worden. Insoweit erlangt die exzellente Begründung durch Herrn Dr. Ralph Paschke eine herausragende Rolle, auch für die weitere stadtentwicklungspolitische Diskussion am Brauhausberg. Dieser



„Schwimmhalle und Minsk erhalten“ – das forderten die Demonstranten am 21. September vor dem Stadthaus.

Hintergrund bewirkt auch eine erneute Betrachtung der erfolgten Munitions- und Gefahrstoffberäumung und die Zerstörung der Freianlagen. Durch das unbegründete Handeln der Stadtverwaltung wurde u. a. auch die wesentliche Einbindung beider Gebäude in das städtebauliche Ensemble aus Nachkriegsmoderne und Landschaftsraum zerstört. Oscar Niemeyer hat der Schwimmhalle am Brauhausberg gebührenden Respekt gezollt, sie nicht banalen Städtebau geopfert.

Sowohl Schwimmhalle, als auch das „Minsk“ liegen im engeren Bereich der Pufferzone 1 der Weltenerbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“, der Brauhausberg innerhalb der Pufferzone 2. Die behördlichen Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren am Brauhausberg gewinnen auch deshalb an Relevanz. Potsdam braucht Wohnungen

mit Kindereinrichtungen und Schulen. Dies berechtigt jedoch nicht, das schützenswerte und baukulturelle Erbe Potsdamer Baumeister verschiedenster Epochen zu negieren sogar zu beseitigen. Identität mit der Stadt erwächst nur aus Respekt vor der Geschichte und im Dialog mit ihren Bewohnern.

Thomas Hintze
Daniela Kriegbaum

Schwimmhalle in Leipzig war sanierungswürdig

Pro-Brauhausberg erhielt Post zur Sanierung Typenprojekt Schwimmhalle Leipzig

Die Schwimmhalle in Leipzig ist eine von vier Schwimmhallen gleicher Bauart. Der baugleiche Typ entstand im Zeitraum von 1968 bis 1972 ebenso in Dresden, Erfurt und Am Brauhausberg in Potsdam. So weit mir bekannt ist, sind alle vier Sportschwimmhallen noch in Betrieb und haben sich über viele Jahre in Konstruktion und Funktion bewährt.

Bei einer Nutzung über 40 Jahre bleiben natürlich Verschleiß und notwendige Wartungs- und Reparaturarbeiten nicht aus. So kann ich Ihnen berichten, dass wir als Leipziger Ingenieurbüro für statisch, konstruktive Planungen zur Instandsetzung der Schwimmhalle Leipzig verantwortlich waren. Durch unsere Tätigkeiten haben wir Kenntnis über die verschiedenen Bauabschnitte

und Sanierungsarbeiten mit den zugehörigen Baukosten. Dabei wurden in zwei Hauptbauabschnitten jeweils ca. 2,1 Mio. Euro verbaut. Im letzten Bauabschnitt 2007 realisierte der Bauherr die Dachsicherungen, die Glasfassaden- und die Beckenerneuerungen.

Unter Beachtung weiterer Instandhaltungsmaßnahmen wurden somit seit 1993 ca. 5,0 Mio. Euro in

den Erhalt der Schwimmhalle investiert. Auf Nachfrage bestätigt dies der Bauträger, hier der Freistaat Sachsen. Die Schwimmhalle der Universität Leipzig (Foto) ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil des Lehr- und Ausbildungsprogramms der Universität sowie des Sport- und Freizeitangebotes von Bürgern der Stadt Leipzig.

Für Ihre Bemühungen zum Erhalt der Schwimmhalle am Brauhausberg wünsche ich Ihnen viel Erfolg. Ich bin mir sicher, dass Ihr baugleicher Schwimmhallentyp in einem ähnlichen Kostenrahmen saniert werden könnte. Genauere Aussagen dazu können jedoch nur nach Prüfung von Bestandsunterlagen und -gutachten getroffen werden. Voraussetzung zum Gelingen eines solchen Vorhabens ist jedoch der Wille aller am Objekt beteiligten Verantwortlichen. Dazu wünsche ich Ihnen mutige Akteure und Bürger.

Dipl.-Bauing. U. Horn
Ingenieurbüro Bauwesen
Horn, Leipzig



Ausbau erneuerbarer Energien hat Vorrang

Zum Stand der Fortschreibung der Energiestrategie des Landes/Von Minister Ralf Christoffers

Die bundesweiten Diskussionen um die Energiewende in Deutschland, die nicht zuletzt vom Strategiewechsel der Bundesregierung beeinflusst werden, machen deutlich, dass die weitere Entwicklung der Energiepolitik weit über die Diskussion pro oder contra Atom, pro oder contra Kohle und um das Tempo des Ausbaus erneuerbarer Energien hinausgehen.

Deutlich wird neben diesen Diskussionen vor allem auch Tatsache, dass es eben nicht nur um wirtschaftliche und ökologische Fragen geht, sondern vielmehr auch um die soziale Dimension des Umbaus der Energieträgerstruktur der Gesellschaft.

Fragen der Versorgungssicherheit, des notwendigen Ausbaus der Stromnetze und die damit verbundenen Auswirkungen, nicht zuletzt in Bezug auf die zukünftige Preisgestaltung sind dabei von besonderer Bedeutung.

In diesen Gesamtzusammenhängen wird gegenwärtig im MWE an der Fortschreibung der Energiestrategie des Landes gearbeitet, die Ende des Jahres vorliegen soll.

Ausgangspunkt für die Fortschreibung war es, zu bestimmen, welche Defizite es derzeit für den vorrangigen Ausbau der erneuerbaren Energien gibt.

Dabei wurden die mangelnde Akzeptanz von energiepolitischen Maßnahmen in der Bevölkerung, ein zu langsamer Netzausbau, fehlende Speicherkapazitäten und mangelnde Energieeffizienz als die Schwerpunkte erfasst.

Auch aus diesem Grunde wird die Fortschreibung der Energiestrategie in einem Viereck von Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Akzeptanz der Bevölkerung entwickelt.

Die daraus abgeleiteten Leitlinien sind:

1. Energieeffizienz steigern und Energieverbrauch reduzieren
2. Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch erhöhen
3. Energiebedingte CO₂-Emissionen senken
4. Zuverlässige Energieversorgung gewährleisten
5. Regionale Beteiligung und möglichst weitgehende Akzeptanz herstellen
6. Beschäftigung und Wertschöpfung des Energielands stärken

Darauf ausgerichtet wurde eine Reihe von Studien in Auftrag gegeben, die zum Teil noch in der Auswertung sind.



Netzausbau in Brandenburg

Eine bereits vorliegende Studie ist die Netzausbau studie in der deutlich wird, in welchem Umfang ein Netzausbau in Brandenburg notwendig ist. Das betrifft sowohl die 380-KV-Leitungen als auch die 110-KV-Leitungen.

Gerade auch in der Problematik Netzausbau bündeln sich Probleme der Wirtschaftlichkeit und Fragen der Akzeptanz in der Bevölkerung genauso wie Fragen der sozialen Dimension der Energiewende.

Brandenburg hat sich deshalb im Rahmen der Bundesgesetzgebung u.a. dafür eingesetzt, die Bedingungen für eine Erdverkabelung insbesondere bei den 110-KV-Leitungen zu verbessern.

Ein weitere Aspekt dabei sind die Fragen der Mehrkosten durch den Netzausbau.

Nach der gegenwärtigen Rechtslage werden die Mehrkosten über die Netzentgelte und damit auf die Strompreise umgelegt.

Bezahlen müssen dies die Stromkunden in der Region, in der der jeweilige Netzbetreiber tätig ist. Das benachteiligt die Verbraucher in den Ländern mit einem hohen Nutzungsgrad der erneuerbaren Energien, die in besonderem Maße vom Netzausbau betroffen sind.

Deshalb setzt sich das Land Brandenburg auch bei der Bundesregierung u. a. für eine faire Umlage der Netzausbaukosten ein.

Die Erarbeitung der Energiestrategie reduziert sich jedoch nicht auf externe Studien sondern setzt auch auf die Mitarbeit verschiedenster Akteure.

So wurde u.a. ein Fachforum Netzausbau einberufen, welches sich vorrangig mit dem Ausbau der 110-KV-Netze in Brandenburg beschäftigt.

Auch die Regionalen Planungsgemeinschaften sind in den Prozess eingebunden indem sie zur Erarbeitung regionaler Energiekonzepte durch das MWE über das REN-Plus-Programm gefördert werden.

Informationen zum Stand der Energiediskussion um Land, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zu aktuellen Studien sind über die Energie-Seiten des MWE im Internet nachzulesen.

Braunkohle und CCS-Technologie

Einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Energiestrategie nehmen natürlich in Brandenburg die Diskussionen um Braunkohle ein.

Mit dem jetzt beschlossenen, ausdrücklich zu unterstützenden Ausstieg aus der Atomkraft stellen sich natürlich auch die Fragen der Zukunft der Braunkohle in einem neuen Zusammenhang.

Unstrittig bleibt das auch im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel des vorrangigen Ausbaus der Erneuerbaren Energien, auf welches auch die Energiestrategie des Landes ausgerichtet ist.

Die Zukunft der Braunkohleerzeugung ist abhängig vom Tempo der Energiewende. So lange, wie der Strom nicht versorgungssicher aus Wind, Sonne und Biogas erzeugt werden kann, wird die Braunkohle gebraucht. Dies hat nichts mit der Wahrnehmung von Interessen der Stromkonzerne zu tun, sondern dient einer wirtschaftlich und sozial verantwortlichen, preisstabilen Energieversorgung.

Die im Koalitionsvertrag getroffene Aussage, dass neue Kohlekraftwerke nur dann gebaut werden dürfen, wenn deren CO₂-Ausstoß drastisch reduziert wird, hat selbstverständlich auch unter den neuen Bedingungen der Energiewende Bestand.

In diesem Zusammenhang geht es verständlicherweise immer auch um die Diskussion zur CCS-Technologie.

Landesregierung bleibt bei Zusagen

An dieser Stelle weist der Minister nochmals darauf hin, dass trotz teilweise gegensätzlicher Darstellung die Landesregierung ihre Zusagen immer eingehalten hat und einhalten wird.

Die bereits 2009 gemachten Zusagen in Bezug auf eine mögliche CO₂-Verpressung in Brandenburg waren immer:

1. Es wird keine Verpressung von CO₂ geben, wenn es keine bundeseinheitliche Regelung gibt.

2. Fragen der Sicherheit der Bevölkerung haben oberste Priorität

3. Es wird keine Erzwingung von Betretungsrechten bei der möglichen Erkundung und Aufsuchung von Lagerstätten geben.

Sollte es für die vom Land Brandenburg geforderte bundeseinheitliche Regelung im CCS-Gesetz keine Mehrheit geben, wird es auch keine Verpressung in Beeskow und Neutrebbin geben.

Allerdings ist damit das Thema CCS für Brandenburg nicht erledigt.

Wir haben auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass die CCS-Technologie eine wichtige Option bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen ist.

Die Landesregierung wird sich deshalb für eine Weiterbetriebs des Forschungsprojektes in Ketzin und für die Unterstützung der Forschung zur stofflichen Verwertung von CO₂ einsetzen.

Aktives politisches Handeln nötig

Mit Blick auf die instabile Lage an den internationalen Finanzmärkten und den damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken hat Finanzminister Dr. Helmut Markov bei der Vorstellung des Haushaltplanes für das Jahr 2012 im Landtag darauf verwiesen, dass die Folgen auch Brandenburg betreffen können, wenn Steuereinnahmen infolge einer möglichen konjunkturellen Eintrübung ausbleiben. Von der Bundesregierung forderte er angesichts der Lage an den Finanzmärkten ein deutlich aktiveres politisches Handeln auf europäischer Ebene. „Wer den Finanzmärkten nur zusieht, nur die Symptome versucht zu beheben und nicht Ursachen beseitigt, wird eine Krise nach der anderen erleben“, betonte Markov. Notwendig seien daher deutlich stärker regulierte Finanzmärkte, so der Finanzminister. Konkret forderte er klarere und striktere Spielregeln für den Finanzsektor. „Neue Finanzprodukte bedürfen einer Zulassung durch einen Finanz-TÜV und die Zulassung von Hedgefonds muss zurückgenommen werden“, bekräftigte Brandenburgs Finanzminister. Zudem müssten die Verursacher der Krise in Form einer neuen Bakenabgabe mit zur Kasse gebeten werden.

Darüber hinaus erneuerte Markov seine Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. „Von den daraus prognostizierten Einnahmen und der steigenden Stabilität an den Finanzmärkten würde auch Brandenburg profitieren“, hob er hervor. Es könne nicht sein, dass man beim Einkauf auf jedes Produkt Mehrwertsteuer bezahle, auf Finanzprodukte aber nicht.

Haushaltsdiskussion im Lichte der Eurokrise

Finanzminister Markov stellte Landeshaushalt 2012 im Landtag vor

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes für das kommende Jahr betonte Finanzminister Markov in seiner Rede vor dem Landtag, dass die weltweiten Unsicherheiten berücksichtigt werden müssen. „Alle Schätzungen zur Entwicklung der Steuereinnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass die konjunkturelle Entwicklung sich fortsetzt. Wer die Abendnachrichten verfolgt, weiß, dass dies aber nicht der Fall sein muss“, sagte Markov. Er wies daher sowohl Forderungen nach höheren Ausgaben als auch solche nach einer noch geringeren Neuverschuldung zurück.

Er unterstrich, dass sich das Land bei dem selbst gesteckten Ziel, die Nettokreditaufnahme schrittweise zu reduzieren und ab 2014 gänzlich auf neue Schulden zu verzichten, auf einem guten Weg befinde. Im Jahr 2012 liege die maximale Neuverschuldung bei 270 Millionen Euro nach einer Kreditermächtigung von 440 Millionen Euro in diesem Jahr.

„Ein Markenzeichen des neuen Haushaltes 2012 ist seine Ausgeglichenheit“, betonte Markov. Der Landeshaushalt 2012 setze zum einen den Weg der Konsolidierung des Haushaltes fort, fördere zum anderen aber die wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie den ökologischen Umbau in Brandenburg und wahre die soziale Balance. „Der Haushalt 2012 zeigt, dass solide Finanzen und die Schwerpunktsetzung auf Bildung und



Soziales keine Gegensätze, sondern beides Prioritäten der rot-roten Landesregierung sind“, betonte der Finanzminister. „So erhalten wir die Schüler-Lehrer-Relation im Land und stellen daher bis zum Jahr 2015 2.000 neue Lehrerinnen und Lehrer ein.“

Der Finanzminister hob angesichts der geäußerten Kritik auch hervor, dass es in absoluten Zahlen sogar ein Plus bei den Bildungs-

ausgaben gibt und dies auch für die freien Schulen gelte. „In diesem Schuljahr gibt es bei den freien Schulen noch gar keine Kürzungen, sondern erstmals zum Schuljahr 2012/2013.“ Die freien Träger sollen dann insgesamt 4,8 Millionen Euro weniger bekommen als sie nach der alten gesetzlichen Regelung erhalten hätten.

Trotzdem steigt die absolute Zahl der Zuweisungen dann von

rund 122 auf knapp 129 Millionen Euro im kommenden Jahr, weil auch die Schülerzahl weiter wächst. „Selbst nach der stufenweisen Absenkung über drei Jahre bis zum Schuljahr 2014/2015 sind die staatlichen Zuschüsse für freie Schulen in Brandenburg immer noch besser als in vielen anderen Bundesländern“, betonte der Finanzminister.

Hintergrund: Der Landeshaushalt 2012 umfasst mit einem Zuwachs von 8,9 Millionen Euro oder knapp 0,1 Prozent im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr 2011 ein Gesamtvolumen von rund 10,1 Milliarden Euro. Gekennzeichnet ist der Haushalt 2012 insbesondere von verschiedenen unvermeidbaren Mehrausgaben, die es galt aufzufangen. Dazu gehören erstens die Auswirkungen des Tarifabschlusses vom März 2011 und dessen Übernahme für die Beamten, welche die für 2012 getroffene Vorsorge um 54 Millionen Euro übersteigen werden. Um weitere 70 Millionen Euro steigen zweitens die Zuweisungen an die Kommunen aufgrund der Steuermehreinnahmen in den Jahren 2010 bis 2012 gegenüber der bisherigen Planung für das Jahr 2012. Drittens muss das Land in seiner Rolle als Grundstückseigentümer Altanschließbeiträge an die Abwasserzweckverbände entrichten. Hier sind für 2012 35 Millionen Euro eingeplant. Allein diese drei Positionen summieren sich auf 160 Millionen Euro.

INTERVIEW:

Eurobonds liegen im langfristigen Interesse aller

Zur Rettung des Euros diskutiert man derzeit auf europäischer Ebene die Einführung von europäischen Staatsanleihen, so genannten Eurobonds. DIE LINKE unterstützt das. Warum?

Helmut Markov: Angesichts der eingetretenen Krise von Euroländern sind Eurobonds notwendig, wenn sie auch kein Allheilmittel sind. Derzeit haben wir die Situation, dass die betroffenen Länder sich immer weiter fest im Griff von Spekulanten befinden. Eurobonds können helfen, dass die betroffenen Länder sich wieder aus der Macht der Spekulanten lösen, zu fairen Konditionen Geld leihen und langfristig ihre Schulden senken können.

Bringt das nicht Nachteile für Deutschland?

Helmut Markov: Natürlich steigen mit Eurobonds für einen Teil der Euroländer – so auch Deutsch-

land – die Zinssätze. Aber unterm Strich sind Eurobonds kein Akt der Selbstlosigkeit, sondern liegen im langfristigen Interesse der Steu-

erzahlerinnen und Steuerzahler zwischen Rhein und Oder. Denn immer neue Sparpakete führen zu Sozialabbau und wirtschaftli-

chem Niedergang in den hoch verschuldeten Ländern, die für die Steuerzahlerinnen und -zahler im Exportland Deutschland viel teurer werden können. Eurobonds sind daher sowohl im Sinne der wirtschaftlichen Vernunft als auch der europäischen Solidarität richtig. Sie dürfen aber nicht als Allheilmittel missverstanden werden.

Was fordern Sie noch?

Helmut Markov: Wichtiger ist, dass die Finanzmärkte reguliert werden. Dazu gehört die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wir brauchen außerdem klarere und striktere Spielregeln für den Finanzsektor. Neue Finanzprodukte bedürfen einer Zulassung durch einen Finanz-TÜV und die Zulassung von Hedgefonds muss zurückgenommen werden. Zudem müssen die Verursacher der Krise in Form einer neuen Bakenabgabe mit zur Kasse gebeten werden.



„Sonnige Aussichten – wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird“

Denksätze von Franz Alt, bei einem Vortrag bei der URANIA Potsdam am 06.09.2011 und aus seinem Buch

Alle Kriege nach dem 2. Weltkrieg waren Kriege um Ressourcen – „Frieden durch Sonne“ anstelle von „Krieg um Öl“. Die Sonne gibt uns täglich 15000 mal mehr Sonnenenergie, bezogen auf den Energiebedarf der gesamten Erde. Da es kein Verfügungsrecht über die Sonne als Energielieferanten gibt, können daraus auch keine Kriege mehr entstehen.

So wie wir in den letzten 150 Jahren gelernt haben, mit einer Stunde menschlicher Arbeitskraft weit bessere Ergebnisse zu erzielen, werden wir lernen müssen, aus einer Kilowattstunde Strom oder einem Liter Benzin oder einem Kubikmeter Gas mehr Wohlstand herauszuholen, als bisher. Der härteste und wichtigste Kampf des 21. Jahrhunderts wird ohne Waffen geführt. Die Werkzeuge dieses Kampfes heißen: Energieeffizienz, Energie sparen und Erneuerbare Energien.

Der Klimawandel ist das größte Marktversagen, das es je gab. Und in dieser dramatischen Situation wird der Klimawandel zum Teil noch vom Steuerzahler hoch subventioniert – z.B. in Deutschland mit der Kohleförderung. Doch die Rettung des Weltklimas kostet nur 1/10 dessen, was uns die Zerstörung des Weltklimas kosten würde. Klimaschutz durch die solare Energiewende ist möglich.

Das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Kurztitel Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) wurde in Deutschland im Jahr 2000 beschlossen. Dieses Gesetz wurde jetzt in 47 Länder der Welt übernommen.



Der Vatikan nutzt – natürlich – himmlische Energie.

Warum steht das 1l Auto von VW seit 2002 im Museum? Die Deutschen haben gute Ingenieure aber Flaschen an der Spitze der Industrie. Außerdem haben die Ölscheichs, die sich in die deutsche Automobilindustrie eingekauft haben, kein Interesse am Sparen von Sprit. Die Armee in Brasilien fährt E25, warum geht das in Deutschland nicht einmal mit E10? Weil die Mineralölindustrie selbst dagegen war. Die Ölkonzerne sind lauter Verbrecher!

Fragen wir uns doch einmal wirklich, warum die Energiekonzerne, ich nenne sie immer die 4 Besatzungsmächte von Deutschland, so teure erneuerbare Energien verkaufen wollen, wie z.B. die Offshore-Windenergie und Desertec?

Für Deutschland ist das Projekt Desertec Blödsinn. Für Deutschland sollte es besser Dächertec heißen. Die Sonnenenergie der Wüste sollte man lokal nutzen und für die Produktion von Wasserstoff, den man verlustfrei transportieren kann.

50% der Lebensmittel wirft Deutschland weg. D.h. es geht bei der BIO-Energie nicht um kontra Lebensmittel. Die Landwirte sollten bessere Energiepflanzen als Raps nehmen. Raps ist eine der schlechtesten Energiepflanzen – besser ist Schilf. Man erzielte in Deutschland in einem Versuch mit Schilf in

einem Jahr ein Äquivalent von 14.000 Litern Heizöl / ha.

Die Deutschen wissen immer nur wogegen sie sind. Doch die letzten 10-12% Atomstrom sind kein Kraftakt mehr. Heute kostet die kWh Solarenergie nur noch 25 Ct. Wir hatten in Deutschland mal bei 1 Euro angefangen.

1/5 der Kommunen von Deutschland haben schon Pläne beschlossen, um in den nächsten 20 Jahren zu 100% erneuerbare Energien zu verwenden.

Das Ziel kann weder 20 noch 50% heißen, sondern nur 100% Erneuerbare Energie. Nur diese politische Strategie kann erfolgreich sein. Alles andere ist unglaubwürdiges Taktieren.

Deshalb müsste die EU und die Bundesregierung endlich den Beschluss fassen: „Wir erklären unseren festen Willen, in einer Generation – also bis ca. 2040/50 auf 100% Erneuerbare Energien umzusteigen.“

Dieses Streben nach 100% Erneuerbaren Energien darf nie wieder aus unserem Blickfeld geraten. Nur dann nämlich wird auch die jüngere Generation wieder Hoffnung auf die Zukunft haben können. Und diese Hoffnung ist die wichtigste Zukunfts-Ressource überhaupt.

Wenn „Solar schön ist“, dann wollen es die Menschen. Selbst der Papst bezieht mit seiner Audienzhalle himmlische Energie.

Da sollen sich mal deutsche Denkmalschützer ein Beispiel daran nehmen. Übrigens stellt sich nicht die Frage „Denkmalschutz oder Solar“. Es wird keinen Denkmalschutz ohne Klimaschutz geben können.

Die alten Energiequellen haben wir nicht gebraucht, sondern verbraucht. Die neuen Energiequellen (Sonnenenergie, Wasserkraft, Bioenergie, Wind, Erdwärme, Meeresenergie) können wir nicht verbrauchen. Sie stehen unseren Kindern und Enkeln und deren Kinder ebenso zur Verfügung, wie uns. Es nützt gar nichts, anderen Tatenlosigkeit vorzuhalten. Entscheidend für eine Wende ist immer, ob ich selbst bereit zur Umkehr bin.

Zum Schluss noch ein Beispiel, wie die Mönche des Benediktiner Klosters Münsterschwarzbach ihrem christlichen Auftrag, auch den künftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen, nachgekommen sind. Den 100%igen Umstieg haben die Mönche im Jahr 2000 beschlossen, reaktivierten ein Wasserrad, errichteten eine Photovoltaikanlage, beteiligten sich an einem Windpark, errichteten eine Holzenergiezentrale und ein Biogas-Blockheizkraftwerk und beliefern damit 100 Gebäude für 1300 Menschen, und der Rest wird ins öffentliche Netz eingespeist. Sie haben daran geglaubt und dafür gearbeitet.

Liebe Leser. Gemessen an den Ausführungen von Franz Alt ist das Klimaschutzkonzept der Stadt Potsdam nur ein kleiner Meilenstein der Entwicklung in die richtige Richtung. Für die nächste Ausgabe der PaS werden wir den Potsdamer Solarverein vorstellen, der Bürgern die Möglichkeit bietet, sich direkt an Solarprojekten zu beteiligen.

Das Buch von Franz Alt erhalten Sie beim:
Piper Verlag, München - Oktober 2009
Serie Piper - Euro 9,95 ISBN 9783492254984

Althandys zu schade für den Müll

Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (DIE LINKE), sammelt zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) alte Handys und ruft die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis zum Mitmachen auf. In den Schubladen deutscher Haushalte liegen laut aktuellen Schätzungen noch mehr als 72 Millionen alte, ungenutzte Handys. Viele davon könnten wieder verwendet werden, und so die Zahl der pro Jahr verkauften Neugeräte senken. Und auch defekte Geräte gehören in die Althandy-Sammlung. Vor allem Metalle wie Kupfer, Gold und andere Edelmetalle können aus ihnen zurück gewonnen werden. So reduziert jedes recycelte Handy die Menge der Rohstoffe. Die Erlöse, die damit erzielt werden können, kommen zudem den Umwelt- und Naturschutzprojekten der Deutschen Umwelthilfe zu Gute. „Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit sind vordringliche Politikziele“,



begründet die Ministerin ihr Engagement. „Deshalb habe ich mich bereit erklärt, die Sammlung zu unterstützen, und mein Wahlkreisbüro in Potsdam kurzerhand zur Sammelstelle eingerichtet“, erklärt Anita Tack weiter. Wer sein altes Handy abgeben will, sollte vorher auf jeden Fall die SIM-Karte entfernen und alle gespeicherten Daten löschen. Die abgegebenen Handys werden dann einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt. Montags bis freitags von 9 bis 16.30 Uhr können die Bürger in der Alleestraße 3 in Potsdam künftig ihre alten Handys abgeben. Wem der Weg zum Abgeordnetenbüro in Potsdam zu weit ist, der kann sein Handy auch unter: www.handysfuerdieumwelt.de zum Recycling einsenden – oder hochwertigere Geräte dort sogar verkaufen. Von dem Geld, das sie anteilig spenden können, profitieren vor allem Naturschutzprojekte der Netzwerke Lebendige Flüsse und Lebendige Wälder sowie Umweltbildungsprojekte.

Sudoku

	9					6		
		8	7		3	1		
6			9	4	5		7	
5			4		8			7
	4						5	
1			5	6				2
	1	3	8	4			2	
		6	1	9	3			
	2						8	

Auflösung September

4	3	9	8	2	6	7	5	1
6	5	2	1	4	7	9	3	8
1	7	8	5	9	3	6	2	4
3	1	6	9	5	8	2	4	7
7	9	4	2	3	1	5	8	6
8	2	5	6	7	4	3	1	9
2	8	7	4	6	5	1	9	3
5	6	1	3	8	9	4	7	2
9	4	3	7	1	2	8	6	5

Interessenten können sich an diese Adresse wenden:

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. z.H. Ludwig Stern Moosglöckchenweg 12 Tel/Fax: 0331 / 86 27 32 eMail: info@brandenburgische-freundschaftsgesellschaft.de www.brandenburgische-freundschaftsgesellschaft.de

Die Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Umwelt und Natur, informiert:

2. Geben- und Nehmen-Markt

Mit Umsonst-Schmuckstücken Abfälle vermeiden und nachhaltig wirtschaften



Mit noch brauchbaren Gegenständen, die aber für den Abfall zu schade sind, anderen eine Freude zu bereiten ist die Marktidee. Diese Idee wird wieder mit dem 2. Geben- und Nehmen-Markt aufgegriffen, der am 29. Oktober 2011 stattfindet. Zwischen 10 und 15 Uhr darf wieder auf dem Platz im Neuen Lustgarten nach Herzenslust getauscht, abgegeben, mitgenommen oder selber ausgestellt werden – ohne einen Cent oder Euro!

Motiviert von der guten Resonanz des 1. Geben- und Nehmen-Marktes im Mai hat sich der Bereich Umwelt und Natur entschlossen, den Geben- und Nehmen-Markt

regelmäßig (Mai und Oktober) auszurichten. Für den nun 2. Geben- und Nehmen-Markt mietet die Stadtverwaltung erneut den Platz im Neuen Lustgarten und stellt Marktstände wieder kostenfrei zur Verfügung. Damit er abermals ein Erfolg wird, bedarf es erneut einer großen Anzahl an Mitstreitern und natürlich auch vielen Besuchern und Spendern. Alle sind herzlich eingeladen den 2. Geben- und Nehmen-Markt mitzugestalten. An dieser Stelle nochmal ein ganz großes Lob und vielen Dank allen Mitwirkenden sowie den Spendern, ohne deren aktive Unterstützung der 1. Geben- und Nehmen-Markt nicht möglich gewesen wäre. Ein besonderer Dank gilt den „Umverteiltern“ des Umsonstladens und dem Projektteam mit der Fahrradwerkstatt.

Weitere Informationen erhalten Sie wie immer bei der Abfallberatung Tel. 0331 289-1796.

Märchenbuch der Kinder aus Belarus als Lernhilfe für den Unterricht

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e. V. unterhält seit mehr als 20 Jahren Beziehungen zur Stiftung „Wir den Kindern“ in Minsk, die sich besonders um Kinder aus sozial schwachen Familien kümmert. In dieser Zeit fanden vor allem Austausche von Kindern aus Brandenburg und Belarus statt. In der ersten Zeit wurden Gruppen von Tschernobyl-Kindern aufgenommen und versorgt. Später verbrachten auch Kinder aus Brandenburg 10 Tage im ehemaligen Pionierlager am Narotschsee. Bei diesem gegenseitigem Austausch wurden die Kinder an einem Wochenende in Gastfamilien untergebracht.

Die Stiftung „Wir den Kindern“ forderte 1994 die Kinder ihres Landes auf, Märchen zu verfassen. Dieser Aufruf fand begeisterte Zustimmung. Aus der großen Anzahl der zugesandten Märchen wurden die besten 58 in einem Kinderbuch veröffentlicht.

1998 wurden die Märchen ins Englische übersetzt. Es erschien ein zweisprachiges Märchenbuch, das sowohl in Belarus als auch in den USA als Lernhilfe beim

Fremdsprachunterricht Verwendung findet.

1998 wurde die BFG gebeten, der Stiftung bei der Übersetzung der Märchen ins Deutsche zu helfen und behilflich zu sein, das Buch in der BRD zu drucken und zu vertreiben.

Die Übersetzung der Märchen wurde von unserer Gesellschaft kostenlos vorgenommen. Leider konnte das Bildungsministerium damals keine finanziellen Mittel für dieses Vorhaben zur Verfügung stellen.

Inzwischen ist die Stiftung „Wir den Kindern“ in Minsk in der Lage gewesen, den Druck des zweisprachigen Buches (Deutsch/Russisch) abzusichern.

Die BFG finanzierte den Druck von 900 Exemplaren, die in der BRD vertrieben werden.

Das Buch kostet je nach abgenommener Menge, 12,- Euro bis 10,- Euro. Es ist sehr gut als Hilfsmittel für den Russischunterricht geeignet.

Die BFG wäre an Partnern interessiert, die uns beim Vertrieb der Märchenbücher unterstützen könnten (siehe Spalte).



Ausstellung „Mittendrin“ in den Bahnhofspassagen

Nach erfolgreichen Präsentationen in den Städten Rostock und Leipzig war die Fotoausstellung „Mittendrin! Russischsprachige Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland“ des XENOS-Projektes Professija.DE nun erstmalig auch vom 12. bis zum 29. September 2011 in den Potsdamer Bahnhofspassagen zu sehen. Der feierliche Auftakt fand dort am 17. September im Rahmen der Eröffnung der diesjährigen Potsdamer Interkulturellen Woche statt (Foto). Im Anschluss wanderte die Fotoausstellung „Mittendrin!“ in das Potsdamer Bürgerhaus am Schlaatz, wo sie seit dem 30. September bis zum 26. Oktober zu sehen sein wird. Nähere Informationen dazu auf www.professija.de - bei Interesse an der Porträtausstellung von professija.DE wenden Sie sich bitte an: Irina Bukharkina, Tel.: 030 / 44 66 80 24.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 07.10.2011: Info-Stände DIE LINKE in den Stadtteilen - 14:30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern; 15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Stadtteil Drewitz

Sonabend, 08.10.2011: Info-Stände DIE LINKE in den Stadtteilen - 10:00 Uhr Weberplatz / Stadtteil Babelsberg; 10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost; 10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz / Am Schlaatz; 10:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II; 10:30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld

Montag, 10.10.2011, 14.30 Uhr: „Irland – die grüne Insel“ Teil 2: die Westküste hinauf. Eine fotografische Rundreise auf der kleinen grünen Insel, die nicht nur äußerst schön, sondern auch unglaublich vielfältig ist. Im Teil 3 besuchen wir (24.10.2011) den teils unberührten Norden Irlands.*

Dienstag, 11.10.2011: Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Potsdam-West. Ort: in der Cafeteria der Sportschule. Zeppelinstraße 114 – 117. Referat von Antita Tack: Was konnten die Minister der LINKEN in zwei Jahren Tätigkeit in der Landesregierung Brandenburg erreichen? Bericht des Vorstandes über die Arbeit des Ortsverbandes von Mai 2010 bis September 2011; Diskussion

Mittwoch, 12.10.2011: Programmdebatte im Kreisverband. Ort: Bürgerhaus am Schlaatz

Mittwoch, 12.10.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke.*

Montag, 17.10.2011, 14.30 Uhr: „Eine Reise in die schönsten Nationalparks der Erde, Teil 3“ mit Karl Kreutz.*

Dienstag, 18.10.2011, 14.00 Uhr: „Bunt sind schon die Wälder ...“ Musikalisches Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff.*

Montag, 24.10.2011, 14.30 Uhr: „Irland – die grüne Insel“. Im Teil 3 besuchen wir den Norden Irlands mit den höchsten Klippen Europas, den „Slieve League“, den bizarren Hügeln der Halbinsel „Fanad“ und dem „Grianan Ailigh“, einem Ringfort aus dem 5. Jh. v. Chr.*

Dienstag, 25.10.2011, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost.*

Mittwoch, 26.10.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke.*

Sonabend, 29.10.2011, 14.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert der besonderen Art mit dem Duo „Turlough“.*

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonalle 11 in Zentrum-Ost